



Arbeitsgemeinschaft

Swissaid • Fastenopfer

Brot für alle • Helvetas

Caritas • Heks

Geschäftsstelle

Monbijoustrasse 31 • Postfach • CH-3001 Bern

Tel. +41 31 390 93 30 • Fax +41 31 390 93 31

mail@swisscoalition.ch • www.swisscoalition.ch

Medienkonferenz

Kaum versprochen, schon gebrochen Wie die G-8 den „Verlierern der Globalisierung“ helfen

Bern, 27. Mai 2003

Mediendossier

Inhalt:

Medienmitteilung: Hilfswerke kritisieren G-8 Bastienne Joerchel, Arbeitsgemeinschaft Swissaid • Fastenopfer • Brot für alle • Helvetas • Caritas • Heks	Seite 2
Die Uno ausbauen, nicht das G-8-System stärken Rainer Falk, Redaktor „Weltwirtschaft und Entwicklung“, WEED Deutschland	Seite 3
Rhetorik und Realität: Die Ankündigungen der G-8 und was daraus geworden ist Georg Stoll, Coopération Internationale pour la Solidarité de le Développement (CIDSE)	Seite 6
Erwartungen von NGOs an den G-8-Gipfel in Evian	Seite 10

Medienmitteilung

Bern, 27. Mai 2003

Schweizer Hilfswerke kritisieren G-8

Die entwicklungspolitische Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas und Heks teilt die Kritik, die im Vorfeld des Evian-Gipfels von globalisierungskritischen Gruppierungen an der G-8 vorgebracht wird.

Die G-8 seien nicht legitimiert, Weltdirektorium zu spielen, stellte Bastienne Joerchel namens der Hilfswerke in Bern fest. Die Politik der weltweiten permanenten Liberalisierungen, die die G-7 bzw. die G-8 seit über zehn Jahren vorantrieben, sei abzulehnen, weil sie auf Kosten der kleineren und armen Länder erfolge. Die G-8 würden zwar in ihren Communiqués gerne die „Chancen der Globalisierung“ beschwören. Ein Blick auf die Realität zeige aber, dass es dabei primär um ihre eigenen Chancen gehe und die Versprechungen zugunsten der Entwicklungsländer oft blosser Rhetorik blieben, hiess es an der Medienkonferenz. So sei etwa der 2001 mit grossem Getöse vorgestellte „Aktionsplan für Afrika“, der in Evian wiederum einen Schwerpunkt bilden soll, bis heute ein „Aktionsplan ohne Aktion“ geblieben.

Weiter kritisieren die grossen Hilfswerke, dass die G-8 mit ihrem Wirken internationale Institutionen wie die Uno, die alle Länder umfassten, tendenziell schwächten und durch Absprachen zwischen handverlesenen, grossen Ländern ersetzen. So befürchte gegenwärtig die Uno, die G8 würden die Einbindung von Wirtschafts- und Sozialfragen in die Uno durch informelle Gesprächsforen unter Grossen hintertreiben. „Eine Weltordnung, über deren Gehalt die grossen Mächte untereinander alleine entscheiden, ist für schwächere und kleinere Staaten, reiche und arme, unakzeptabel“, meinte Joerchel.

Die Arbeitsgemeinschaft fordert deshalb den Bundesrat auf, sich konsequent für eine Stärkung der Uno einzusetzen. Insbesondere soll er sich dafür stark machen, dass deren umwelt-, wirtschafts- und sozialpolitische Rolle aufgewertet wird, etwa im Rahmen eines gestärkten Uno-Wirtschafts- und Sozialrates (Ecosoc). Tendenzen, die G-8 als netzwerkartige, wenig bürokratisierte, letztlich aber von den USA als stärkstem Mitglied dominierte Struktur zum Zentrum eines weltweiten Regelsystems („Global Governance“) zu machen und das auf den Nationalstaat zugeschnittene Uno-System abzulösen, seien energisch zu bekämpfen.

Weitere Informationen:

Arbeitsgemeinschaft, Geschäftsstelle Bern:

Peter Niggli, Geschäftsleiter, Tel. 031 390 93 30 oder 079 262 69 27,
pniggli@swisscoalition.ch

Arbeitsgemeinschaft, Büro Lausanne:

Bastienne Joerchel, Tel. 021 612 00 95 oder 079 445 94 87, bjocerchel@swisscoalition.ch

Die Uno ausbauen – nicht das G-8-System stärken

**Bastienne Joerchel, Koordinatorin für Entwicklungspolitik, Arbeitsgemeinschaft
Swissaid • Fastenopfer • Brot für alle • Helvetas • Caritas • Heks, Lausanne**

Die Art, wie die USA in den vergangenen Monaten Bündnisse, internationale Institutionen und völkerrechtliche Verpflichtungen nach ihrem Gusto umgepflügt haben, machten bewusst, wie sehr die G-7 bzw. die G-8, ursprünglich eine europäische Initiative, davon abhängen, dass die USA mitmachen. Würde der Irakkrieg noch andauern, hätte Bush den Gipfel von Evian, den das „freche“ Frankreich ausrichtet, wahrscheinlich platzen lassen. Eines ist heute auf alle Fälle klar: Die G-8 sind nur dann Zentralkomitee der reichsten und mächtigsten Staaten der Welt, wenn die USA es wollen. Nur wenn sie wollen, fungieren die G-8 im internationalen Gefüge als informelle Führungsgruppe, wogegen dann protestiert werden kann. Soweit zur Relativierung des kommenden Wochenendes.

Die Arbeitsgemeinschaft Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas und Heks teilt die Kritik, die an den G-8 geübt wird. Die G-8 sind nicht legitimiert, Weltdirektorium zu spielen. Und aus entwicklungspolitischer Sicht ist die Politik der permanenten Liberalisierung, welche die G-7 seit 1989 forcieren, grundlegend zu verändern. Wir möchten hier aber einen dritten Punkt hervorheben, der uns beunruhigt. Das Wirken der G-8 tendiert dazu, die bestehenden, alle Staaten der Welt umfassenden Institutionen, allen voran die UNO, zu schwächen und durch ad-hoc-Absprachen zwischen handverlesenen „Grossen“ zu ersetzen.

Die G-8 zwischen Führungsrolle und Diktat

Im Unterschied zu einigen Gruppen der Protestbewegung glauben wir nicht, dass die Auflösung der G-8 eine sinnvolle Forderung ist. An der Tatsache ungleicher Machtverhältnisse in der Staatenwelt würde sich dadurch nichts ändern. Die mächtigen Staaten werden immer eine eigene Klasse bilden – wir ziehen es vor, dass sie sich als Verbündete empfinden und nicht als Feinde bekämpfen. Die kritische Frage ist aber, wie sie mit dem Rest der Staatenwelt umgehen.

Nehmen wir die G-8 und die Welthandelsorganisation WTO. Die G-8 haben in den 80er-Jahren begonnen, sich über die GATT-Verhandlungsrunden zu verständigen und als so genannte Quadriga (USA, EU, Japan und Kanada) die internationale Handelspolitik stark zu beeinflussen. Ihnen kommt heute in der WTO eine starke informelle Führungsrolle zu, welche zum Beispiel der Kleinstaat Schweiz gerne akzeptiert. Nicht zuletzt natürlich deswegen, weil sich die handelspolitischen Vorstellungen des Bundesrats wenig von denjenigen der G-8 unterscheiden. Die hauptsächlichen Konfliktlinien in Sachen WTO bestehen ja gegenüber den Entwicklungsländern. Entscheidend ist jedoch, dass die G-8 in der WTO nicht das letzte Wort haben. Jedes WTO-Mitglied hat eine Stimme und kann theoretisch die Verhandlungsprozesse durch ein Nein blockieren. In diesem Sinne verfügen Kleinstaaten oder die Entwicklungsländer über einen Spielraum, in der WTO auch gegen die Quadriga zu handeln. Das Nein der Entwicklungsländer zu einer neuen Verhandlungsrunde in Seattle 1999 hat dies vordemonstriert.

Problematischer wird es, wo die G-8 ihre Beschlüsse dem Rest der Staatenwelt aufdrängen können. Am krassesten geschieht dies im Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, wo die G-8-Vertreter zusammen 47 Prozent der Stimmrechte kontrollieren. Haben sich die G-8-Finanzminister auf einzelne Stossrichtungen geeinigt, erwarten sie, dass IWF- und Weltbankdirektorien ohne „überflüssige“ Diskussionen absegnen, was sie vorgekocht haben. Hier haben weder Kleinstaaten, noch die Entwicklungsländer, welche 85 Prozent der Menschheit repräsentieren, etwas zu sagen. Die schwere Hand der G-8 in den Finanzinstituten stösst sogar unserem in Bescheidenheit geübten diplomatischen Personal sauer auf.

Weniger gebieterisch, aber sehr eindringlich handeln die G-8 in der OECD, in der ja neben ihnen nur noch kleinere Industriestaaten vertreten sind. Regelmässig unterbreiten sie z.B. ihre entwicklungspolitischen Gipfel-Versprechen (Gesundheitsfonds, Bildungsfonds, etc.) dem Entwicklungsausschuss der OECD. Wie selbstverständlich erwarten sie, dass alle Geberländer, auch die kleinen, mitfinanzieren, was sie der armen Welt versprochen haben. Sich dagegen zu wehren, ist nicht einfach. Die G-8-Versprechen sind der Weltöffentlichkeit bereits bekannt und angesichts der krassen Ungleichheit zwischen Nord und Süd moralisch hoch legitimiert. Kein kleiner Industriestaat kann deshalb gegen die „Grosszügigkeit“ der Grossen Sieben antreten, so sehr ihn das Diktat ärgert. Für zusätzlichen Ärger sorgt die Tatsache, dass die G-8 stets sehr viel grössere Versprechungen machen, als sie ihrem Anteil gemäss zu finanzieren bereit sind.

Ein G-8-System als Ersatz für die Uno?

Während die G-7 bzw. G-8 die wirtschaftspolitisch relevanten internationalen Institutionen zu beeinflussen oder gar zu kontrollieren versuchen, ist ihr Ehrgeiz gegenüber der Uno verdächtig gering. Anfang der 90er-Jahre wurde zwar verschiedentlich diskutiert, die G-7 bzw. G-8 müssten eine tiefgreifende Reform des Uno-Systems initiieren, damit dieses der Globalisierung gerecht werden könne. Daraus ist nie etwas geworden. Statt dessen begannen die G-7, die sie interessierenden globalen Fragen ausserhalb der Uno mit ausgewählten Staaten zusammen zu beraten. So entstanden Gruppen, deren Kern die G-8 ausmachen und deren Agenda sie von A bis Z bestimmen, zum Beispiel die London Suppliers Group über die Kontrolle nuklearer Stoffe, das Missile Technology Control Regime oder die Financial Action Task Force, welche sich mit der Stabilisierung der Finanzmärkte beschäftigt. Letztere war für die Schweiz besonders schmerzlich: Zur Vorbereitung der Task Force riefen die G-8 vorübergehend eine G-22 ins Leben, in die logischerweise eine ganze Reihe von grossen Schwellenländern berufen wurde, aber auch etwa Holland – was die Schweiz, die nicht begrüsst worden war, als unbegründete Zurücksetzung empfand.

Seit kurzem führen die G-8 an ihren Gipfeln nun einen institutionalisierten Spitzen-Dialog mit Schwellenländern, zum Teil im Rahmen der 1999 zu Finanzfragen gegründeten G-20.¹ Dass die G-8 die Beziehungen zu den grossen Entwicklungsländern institutionalisieren und das „Konzert der Grossen“ nach ihren Wünschen und Vorgaben erweitern, erhöht die Zentralität der G-8 im System der Weltpolitik und verschafft ihnen etwas mehr Legitimität. Gleichzeitig schliesst dies aber die grosse Masse durchschnittlicher, nicht so grosser und meist armer Länder von einem bedeutungsvollen internationalen Dialog tendenziell mehr und mehr aus. Das schwächt das universale Uno-System und behindert seine institutionelle Weiterentwicklung. Ganz konkret befürchtet die Uno heute zum Beispiel, dass die gegenwärtigen G-8-Dialoginitiativen zum

¹ Die G-20 sind nicht mit den G-22 identisch. Letztere lösten sich mit der Gründung der Financial Action Task Force auf. Holland war in den G-20 als Mitglied nicht mehr gefragt.

Ziel haben, die beabsichtigte Einbindung der Wirtschafts- und Sozialfragen in die Uno und die damit verbundene Stärkung des Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC) zu unterbinden.

Die nordamerikanische Diskussion über die Zukunft der G-8 zeigt, dass diese Befürchtungen berechtigt sind. Gemässigte akademische Begleiter der G-8 glauben neuerdings, dass die G-8 als schwach bürokratisierte, netzwerkartige Struktur das Zentrum einer Global Governance ausmachen und das „unbewegliche“, auf den Nationalstaat zugeschnittene Uno-System ablösen sollen.² Und den Neokonservativen in Washington könnte das lose, von den USA abhängige G-8-System durchaus entgegenkommen.

Gegensteuer geben

Für die Schweiz, die ihre Uno-Mitgliedschaft in einer 20-jährigen innenpolitischen Auseinandersetzung hart erkämpfen musste, ist dieser Trend der G-8-Politik höchst unerfreulich. Für den Kleinstaat, auch den reichen, ist eine Weltordnung unakzeptabel, über deren Gehalt die grossen Mächte untereinander allein entscheiden wollen. Für die meisten Entwicklungsländer gilt dasselbe.

Die Schweiz soll sich deshalb für die Stärkung des Uno-Systems einsetzen und insbesondere unterstützen, dass Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialfragen im Uno-Rahmen geeignete und starke institutionelle Gefässe erhalten und nicht weiter in die Bretton Woods-Institute, die WTO und in beliebige G-X-Formationen abgeschoben werden.

In ihrem eigenen Interesse soll die Schweiz zudem eine Stimmrechtsrevision von Währungsfonds und Weltbank anvisieren, welche das Gewicht der Industrieländer unter 50 Prozent senkt und der G-8 die Mehrheit nimmt.

Wir erwarten zudem, dass unsere KollegInnen in den G-8-Ländern ihre Regierungen vermehrt dazu anhalten, die G-8 zu begrenzen. Ausser den USA sehen wir letztlich kein G-8-Mitglied, das am Ersatz universal zugänglicher multilateraler Institutionen durch ein von den USA abhängiges loses Netzwerk interessiert sein könnte. Die letzten Monate hätten diesbezüglich allen als Lehre dienen können.

Weitere Informationen:

Bastienne Joerchel, bjoerchel@swisscoalition.ch

Peter Niggli, pniggli@swisscoalition.ch

² Siehe z.B. John Kirton: Governing Globalization: The G8's Contribution for the Twenty-First Century
www.g7.utoronto.ca/scholar/kirton2003/KirtonMoscow2003.pdf

Rhetorik und Realität: Die Ankündigungen der G-8 und was daraus geworden ist

**Rainer Falk, Redaktor Informationsbrief
„Weltwirtschaft und Entwicklung“, WEED Deutschland**

Mit dem G-8-Gipfel in Evian beginnt der fünfte Zyklus jährlicher Konferenzen der Staats- und Regierungschefs der wichtigsten Industrieländer (plus Russland), seit diese Institution vor nunmehr 28 Jahren in Rambouillet – damals noch mit sechs Teilnehmern – aus der Taufe gehoben wurde. Das ist eine gute Gelegenheit für eine kritische Zwischenbilanz.

Am Vorabend des Evian-Gipfels sind die G-8 mit einer dreifachen Krise konfrontiert:

1. Immer weniger haben sich die G-8 in den letzten Jahren mit ihrer eigenen wirtschaftlichen Entwicklung und koordinierten Aktionen zur Wiederankurbelung der Weltwirtschaft befasst. Der Anspruch auf makro-ökonomische Politikkoordination wurde zu Gunsten einer Politik des „Everybody does it alone“ fallen gelassen, die eigenen wirtschaftspolitischen Versäumnisse in den Gipfelländern sind auf den Konferenzen weitgehend tabu und haben allgemeinen Appellen für die Durchführung von (neoliberalen) Reformen Platz gemacht.
2. Dem Verzicht auf eine aktive Rolle in der makro-ökonomischen Politikkoordination entspricht ein wachsender Anspruch, den Rest der Welt, also die Nicht-G-8-Mitglieder, mit Direktiven, Ratschlägen und Politikempfehlungen zu versehen. Bei insgesamt schlechter finanzieller Unterfütterung nimmt die politische Konditionierung gegenüber Drittländern, z.B. im Süden, zu.
3. Unübersehbar ist, dass die Legitimitätskrise der G-8 in den letzten Jahren zugenommen hat. Dies liegt an den mangelhaften inhaltlichen Konzepten der G-8 ebenso wie an ihrem undemokratisch-exklusiven Klubcharakter, der sich der echten Partizipation anderer wichtiger Akteure der Weltwirtschaft weitgehend verschliesst, jedoch mit einem Dominanzanspruch gegenüber dem Rest der Welt einher geht.

Alle drei Krisenfaktoren hängen zusammen und verstärken sich gegenseitig: Während die G-8 immer weniger ihre ureigensten Hausaufgaben erledigen, gehen ihre Initiativen für den Rest der Welt mit hohen Ansprüchen und teils Versprechungen einher, die regelmässig nicht oder bestenfalls halbherzig erfüllt werden. Dies wiederum verschärft die öffentliche Legitimationskrise der G-8.

Nord-Süd-Fragen, insbesondere Handelsfragen, Schuldenerleichterung, Hilfspläne für Afrika und die Realisierung der so genannten Millenniumsziele, haben während der letzten G-8-Gipfel stets grosse Aufmerksamkeit erzielt, erwiesen sich jedoch regelmässig als die grossen Rohrkrepierer der G-8:

Handel

Die G-8 haben eine massgebliche Rolle bei der Durchsetzung neuer Liberalisierungsrunden im Welthandel, zuletzt der so genannten Doha-Entwicklungsrunde, gespielt; die

Realisierung der damit regelmässig einher gehenden Versprechungen (Öffnung für Agrarimporte und Abbau von Agrarsubventionen, Zugang zu kostengünstigen Arzneimitteln, Importliberalisierung für Fertigwaren aus dem Süden, Abbau der Zoll- eskalation) blieben jedoch bis heute unerfüllt. Nichts deutet hier auf einen Durchbruch in Evian hin; eher besteht die Gefahr, dass konfrontative Verhaltensmuster nach dem Irakkrieg auch auf die Handelspolitik übergreifen.

Schulden

Seit dem G-7-Gipfel vor acht Jahren in Halifax/Kanada stehen verstärkte Massnahmen der Schuldenerleichterung für die ärmsten Länder auf der Tagesordnung der G-8. In Birmingham 1998 wurde die HIPC-Initiative lanciert und 1999 in Köln verstärkt. Doch die Entschuldungshilfe erwies sich regelmässig als zu spät und zu gering: Nur acht Länder haben bis heute eine substantielle Entschuldung unter HIPC erreicht. Nach wie vor sichert die mit HIPC verknüpfte Strukturanpassungskonditionalität vorrangig Gläubigerinteressen ab. Selbst gemessen an den eigenen bescheidenen Kriterien werden 19 der 26 derzeit bedienten HIPC-Länder nach Beendigung der Initiative keine nachhaltige Schuldensituation erreichen; die zusätzlich von der G-8 bereit gestellten Entschuldungsmittel reduzieren vor allen die Kosten von IWF und Weltbank bei der Schuldenrefinanzierung.

Millenniumsziele/Entwicklungshilfe

Zwischen 2000 und 2002 setzte sich im Kreise der G-7-Regierungen – zumindest auf rhetorischer Ebene – allmählich die Einsicht durch, dass der seit Jahren anhaltende Trend zum Rückgang der öffentlichen Entwicklungshilfe gestoppt und umgekehrt werden müsse. In der UN-Erklärung über die Millenniumsziele vom 8. September 2000 und anlässlich der UN-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Monterrey/Mexiko im März 2002 verpflichteten sich G-8-Regierungen zur Erhöhung ihrer öffentlichen Entwicklungshilfe: die USA mit ihrem so genannten *Millennium Challenge Account* um eine stufenweise Steigerung der US-Hilfe um 50% bis 2006, die EU-Regierungen auf 0,39% des BNE ebenfalls bis 2006. Gemessen an der allseits anerkannten Schätzung, dass eine Verdoppelung der Hilfeniveaus notwendig wäre, um die Millenniumsziele zu realisieren, sind diese Mittel jedoch "Tropfen auf heisse Steine" – von der Zweckentfremdung der Mittel für die Exportförderung einmal abgesehen. Auf dem Kananaskis-Gipfel im letzten Jahr zeigte sich zudem, dass es sich nicht um die Übernahme gemeinsamer Verpflichtungen gegenüber der Weltgemeinschaft handelt, sondern dass sich jeder Geber die Allokation der zusätzlichen Mittel nach eigenen Interessensprioritäten selbst vorbehält.

UN-Gesundheitsfonds

Auf dem G-8-Gipfel in Genua 2001 sagten die Staats- und Regierungschefs 1,3 Mrd. US-Dollar für einen neuen UN-Gesundheitsfonds (zur Bekämpfung von Aids, Malaria und Tuberkulose) zu – nicht einmal 15% der Summe, die die UN damals für notwendig hielt (10 Mrd. US-Dollar). Tatsächlich geriet der Fonds jedoch zum „Satelliten-Fonds“ außerhalb der UN, in dem die Privatindustrie (z.B. in Form der Gates-Foundation) den Ton angibt, während die zentralen Gesundheitsorganisationen des UN-Systems (WHO, UNAIDS) lediglich Beobachter ohne Stimmrecht sind. Wegen mangelnder oder ganz ausbleibender Zahlungseingänge seitens der G-8 stand der Fonds bereits mehrfach vor dem Aus.

Bildungsfonds

2002 in Kananaskis versprochen die G-8 430 Mio. US-Dollar für einen neuen, von der Weltbank angeregten Fonds zur Bekämpfung der Bildungskrise in der Dritten Welt. Im Frühjahr 2003 stellte eine Weltbank-Studie fest, dass davon lediglich 90 Mio. US-Dollar in feste Zusagen umgesetzt worden waren, während die meisten G-8-Mitglieder bevorzugt die von ihnen favorisierten Klientel-Regierungen direkt mit Finanzmitteln bedienen.

Afrika-Plan/NEPAD:

Mit grossem Getöse 2001 in Genua in Szene gesetzt und seither im schmückenden Beisein afrikanischer Staatspräsidenten weiterverfolgt, ist der so genannte Aktionsplan für Afrika, der in Evian erneut einen Schwerpunkt bilden soll, bis heute ein „Aktionsplan ohne Aktion“ geblieben. Während die afrikanische Partnerschaftsinitiative NEPAD inzwischen weit hinter den (Konditionalitäts-)Wünschen der G-8 zurückbleibt und sich im Kern als untauglicher Versuch zur Anlockung privater Direktinvestitionen nach Afrika erweist, liessen die G-8 die Afrikaner im Regen stehen: Mit zusätzlichen Finanzausgaben für NEPAD lassen die G-8 bis heute auf sich warten. In Kananaskis wurde letztes Jahr lediglich beschlossen, dass jedes G-8-Land bis zu 50% seiner im Millenniumsrahmen zugesagten Zusatzmittel für mustergültige Regierungen Afrikas zur Verfügung stellen „kann“.

Die G-8 beschwören in ihren Communiqués gerne die „Chancen der Globalisierung“. Die Konfrontation ihrer Versprechungen mit der Realität zeigt jedoch: Gemeint sind wohl die eigenen Chancen; als Stütze bei der Realisierung dieser Chancen für die Armen haben die G-8 sich disqualifiziert.

Kontakt: rfalk@pt.lu

Bei der Öffentlichen Entwicklungshilfe stellen die G-7, gemessen an ihrer Wirtschaftskraft, die Nachhut:

Öffentliche Entwicklungshilfe der Mitglieder des Entwicklungsausschusses der OECD (DAC) 2001

in % des Bruttonationaleinkommens (BNE) und Mrd. US-Dollar (G-7-Länder fett)

	% BNE	Mrd. US-Dollar
Dänemark	1,03	1,63
Norwegen	0,83	1,35
Niederlande	0,82	3,17
Luxemburg	0,82	0,14
Schweden	0,81	1,67
Belgien	0,37	0,87
Schweiz	0,34	0,91
Irland	0,33	0,29
Finnland	0,32	0,39
Grossbritannien	0,32	4,58
Frankreich	0,32	4,20
Spanien	0,30	1,74
Österreich	0,29	0,87
Deutschland	0,27	4,99
Neuseeland	0,25	0,11
Australien	0,25	0,87
Portugal	0,25	0,27
Japan	0,23	9,85
Kanada	0,22	1,53
Griechenland	0,17	0,20
Italien	0,15	1,63
USA	0,11	11,43
DAC-Durchschnitt/Gesamt	0,22	52,34
G-7-Durchschnitt/Gesamt	0,23	38,21

Quelle: OECD/eigene Berechnungen

Erwartungen von Nichtregierungsorganisationen an den G-8-Gipfel 2003 in Evian

**Georg Stoll, Coopération Internationale pour la Solidarité
et le Développement (CIDSE), Brüssel,**

Die französische Regierung will als diesjährige Gastgeberin die **Trinkwasserversorgung** und die **NePAD**-Initiative in den Mittelpunkt der entwicklungspolitischen Agenda des G-8-Gipfels stellen. Daneben dürften folgende Themen diskutiert werden:

- Gesundheit, insbesondere der Global Health Fund,
- Bildung, insbesondere die Initiative „Education for all“ des letztjährigen Gipfels,
- Schulden und Entschuldung
- Finanzierung von Entwicklung

Parallel zum offiziellen Gipfel in Evian veranstalten Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen einen Gegengipfel, der zum einen die demokratische Grundlage des politischen Mandats der G-8 in Frage stellt, zum anderen sich kritisch mit Themen des offiziellen Gipfels auseinandersetzt. Gleichzeitig haben internationale NGOs wie CIDSE bei den Regierungen von G-8-Ländern für eine Reihe von konkreten Forderungen lobbyiert. CIDSE ist ein weltweiter Zusammenschluss katholischer Hilfswerke; aus der Schweiz ist Fastenopfer Mitglied; ich selber bin Mitarbeiter des deutschen Hilfswerks Misereor.

Millenniumsziele

Mit dem Thema Trinkwasser, aber auch mit Gesundheit und Bildung greifen die G-8 die Millenniumsziele auf. Diese international festgelegten Entwicklungsziele für das Jahr 2015 gehen zwar nicht weit genug (die dort angestrebte Halbierung der Armut kann nur ein Zwischenziel sein); sie bieten jedoch den Vorteil eines international akzeptierten und nachprüfbar Rahmens. Wir erwarten und fordern deshalb die kohärente Ausrichtung der bilateralen und multilateralen Nord-Süd-Politik an diesen Zielen. Drei Forderungen möchte ich dabei besonders unterstreichen:

- Die G-8 sollten klar machen, wie sie die **Finanzierung der Millenniumsziele** sicherstellen wollen. Es liegen inzwischen mehrere Vorschläge auf dem Tisch. Angefangen von einer Devisentransaktionssteuer über deutlich weiter gehende Schuldenerlasse bis zum jüngsten britischen Vorschlag einer International Financing Facility. Wenn die G-8 nicht endlich klar und deutlich sagen, wie sie sich deren Finanzierung vorstellen, wird ihr Bekenntnis zu den Millenniumszielen unglaubwürdig bleiben.
- Die Millenniumsziele sollten zum entscheidenden Kriterium bei der Bewertung der so genannten **Schuldentragfähigkeit** eines hochverschuldeten armen Landes werden. Die Existenzsicherung durch Ernährung, Gesundheit und Ernährung muss Vorrang haben vor der Rückzahlung von Schulden – zumal diese oft unter fragwürdigen Bedingungen zustande gekommen sind. Die G-8 haben das nötige politische

Gewicht, um die entsprechenden Reformen bei Weltbank und Internationalem Währungsfonds einzuleiten.

- Nachdem bei der UN-Konferenz über die Entwicklungsfinanzierung von Monterrey (2002) die Bretton Woods Institutionen auf die Millenniumsziele verpflichtet wurden, sollten die G-8 dafür sorgen, dass im Herbst in Cancún auch die Welthandelsorganisation **WTO** diese **als verbindliche Richtschnur** für ihre Verhandlungen und Vereinbarungen anerkennt. Wenn der Welthandel etwa im Bereich des Agrarhandels oder des Zugangs zu lebenswichtigen Medikamenten die Entwicklungsbemühungen südlicher Länder bedroht oder gar zunichte macht, führt das zu Armuts- und Gerechtigkeitsproblemen, die durch Entwicklungshilfe nicht kompensiert werden können.

NePAD-Initiative

Die „New Partnership for African Development“ (NePAD) befindet sich auch zwei Jahre nach ihrer Initiierung noch in den Kinderschuhen. Wir sehen in dieser afrikanischen Initiative trotz vieler Unzulänglichkeiten positive Ansätze für eine nachhaltige und armutsorientierte Entwicklung. Dafür müssen allerdings einige Bedingungen gewährleistet sein. Von der G-8 fordern wir deshalb:

- Rahmenbedingungen für den **Handel, besonders den Agrarhandel**, die dem bestehenden ökonomischen und politischen Ungleichgewicht Rechnung tragen. Die G-8 sollten endlich den Abbau der Agrarsubventionen des Nordens wirksam betreiben und ihre Märkte für afrikanische Produkte öffnen. Die Stärkung von Produktion, Handel und Infrastruktur in Afrika muss mit der von den G-8 geforderten Weltmarktintegration Schritt halten. Deshalb sollte auch ein differenzierter Schutz einheimischer afrikanischer Märkte möglich sein.
- Unterordnung von Privatisierungs- und Liberalisierungsforderungen unter den **Vorrang armenorientierter Entwicklung**. Die G-8 sollten klarstellen, dass Privatisierung und Liberalisierung für sie kein Selbstzweck sind. Gerade in Entwicklungsländern müssen sie sich daran messen lassen, inwieweit sie eine ausreichende Grundversorgung der Bevölkerung und eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung des Landes fördern und nicht behindern. Für die **Trinkwasserversorgung** bedeutet das beispielsweise, dass die Grundversorgung Vorrang vor privatwirtschaftlichen Gewinnen haben muss.
- **Partnerschaft:** Im Zusammenhang mit NePAD wird immer wieder die Notwendigkeit eines partnerschaftlichen Verhältnisses zwischen reichen und armen Ländern betont. Wenn dies ernst gemeint ist, müssen die G-8 zu Maßnahmen bereit sein, die den afrikanischen Ländern mehr politischen Einfluss und mehr Gehör einräumen. Beispielsweise sollten die G-8 in Weltbank und Weltwährungsfonds Reformvorschläge unterstützen, die den afrikanischen Ländern und den Entwicklungsländern insgesamt mehr Gewicht verleihen. Partnerländer dürfen dann auch nicht mehr anhand von Kriterien selektiert werden, die den politischen und ökonomischen Interessen der Industrieländer dienen.

VERSCHULDUNG

Rainer Falk hat bereits auf die ungenügenden Entschuldungsmassnahmen der G-8 im Rahmen ihrer HIPC-Initiative hingewiesen. Die G-8 möchten weitere Gespräche darüber

vermeiden, werden sich jedoch voraussichtlich in Evian über die Frage der Prävention von Finanzkrisen unterhalten. Ohne nachhaltige Lösung des Verschuldungsproblems muss eine solche Prävention aber wirkungslos bleiben. Deshalb fordern NGOs:

- **Schuldentragfähigkeit:** Die G-8 sollte eine kritische Revision der Kriterien zur Berechnung der Schuldentragfähigkeit durch IWF und Weltbank einfordern, die sich an den Millenniumszielen orientiert (s.o.).
- **Internationale Insolvenzordnung:** Nach dem Scheitern eines entsprechenden IWF-Vorschlags aufgrund der Opposition der USA sollte das Thema eines fairen und transparenten Schiedsverfahrens zur Lösung von Verschuldungsproblemen dennoch weiterverfolgt werden. Die G-8 müssen deutlich machen, wie sie dem Scheitern der HIPC-II-Initiative, die grundsätzlich der Logik des bisherigen Schuldenmanagements verhaftet blieb, begegnen wollen, und zwar für alle betroffenen Länder und nicht nur für diejenigen, die unter die aktuellen HIPC-Kriterien fallen.

Additionalität: Die G-8 sollten klarstellen, dass die Mittel für die Entschuldung zusätzlich zur öffentlichen Entwicklungshilfe und nicht auf deren Kosten bereitgestellt werden sollten.

In vielen Ländern des Südens fragen sich die Menschen heute, wem ihre Regierungen eigentlich rechenschaftspflichtig sind: ihrer eigenen Bevölkerung oder Internationalen Institutionen wie dem IWF, deren Politik maßgeblich von den G-8 bestimmt wird. Dieser enorme Einfluss, den die G-8 auf die Lebensverhältnisse der Menschen im Süden haben, ist nach unserer Auffassung nicht ausreichend demokratisch legitimiert und kontrolliert. Umso wichtiger ist es, dass die in Evian versammelten Regierungen sich in ihren Entscheidungen ihrer globalisierten Verantwortung gewachsen zeigen. Die Menschen im Süden aber auch in den G-8-Staaten selbst werden sie daran messen. Die Erwartungen, die ich hier formuliert habe und die auf gerechtere Nord-Süd-Beziehungen zielen, sind für uns dabei entscheidende Kriterien.

Kontakt: stollg@misereor.de